

Berliner Wählerstimmen zum Wahlausgang

Berlin, 7. November. Die „Vossische Zeitung“ sagt, ihr Glaube an die Mission des Nationalsozialismus sei erschüttert. Der Erfolg Papens sei, daß er das Gespenst der Schwarzbraunen Mehrheit gebannt habe. Sein Prestige, das in den letzten Wochen etwas gelitten habe, sei dadurch wieder hergestellt und sogar erhöht. Das Kabinett habe keine Veranlassung zur Änderung.

Die „Germania“ schreibt unter der Schlagzeile „Nicht mit dieser Regierung!“. Der 8. November legt schließlich ganz konsequent den Weg der politischen Niederlage frei, der die neue Staatsführung kennzeichnet und dessen roterbuntes Zielzeichen der 21. Juli, der 18. August und das Urteil des Staatsgerichtshofes sind. Auch am Tage nach der Wahl steht das deutsche Volk der heutigen Staatsführung mit einer an Einmütigkeit grenzenden Ablehnung gegenüber. Wie händen heute am Ende einer fünfmonatigen Herrschaft der neuen Staatsführung, an einer Weggabelung, an der es sich vielleicht zum letzten Male entscheiden werde, ob wir zu einer vernünftigen politischen Führung, zur Schaffung einer Vertrauensbasis zwischen Führung und Volk und zur Entwertung einer verhängnisvollen, nicht mehr tragbaren politischen Situation gelangen.

Der „Vossische Anzeiger“ hebt hervor, daß die Wahl in dem Sinne ausgefallen sei, den der Kanzler „Durchbruchschlacht der Selbstbefreiung“ genannt habe. Durch das völlige Scheitern des Versuches Hitlers, die Mehrheit für die „Kampfbildung“ der nationalsozialistischen Reichstagspartei zu gewinnen, sei keineswegs einfach die Unfähigkeit des Reichspräsidenten erwiesen, sondern wie etwa die Wertlosigkeit der nationalen Bewegung im Nationalsozialismus, aber vor der Welt sei der Zauber dieser agitatorischen Suggestion nunmehr gebrochen.

Die „D.M.Z.“ schreibt, es spiele keine entscheidende Rolle, ob 88 oder 100 Kommunisten im Reichstag seien, die Tatsache aber, daß der Nationalsozialismus, ohne im geringsten in die sogenannte marxistische Front einbezogen zu werden, die proletarischen Elemente behalte und nur bürgerliche Rückwärtler an die nationalen Reichsparteien oder an die Nichtwähler verloren habe, sei von größter Wichtigkeit und erlaube es leider nicht, die Hoffnung auf ein Einlenken der nationalsozialistischen Führung zu überhören. Das Gebot der Stunde sei, die Herstellung der großen nationalen Konzentration unter Führung Hindenburgs, die eine autoritäre Leitung der Staatsgeschäfte unter Billigung und Mitwirkung aller Parteien von den Nationalsozialisten bis einschließlich zum Zentrum ermöglichen würde. Es sei die Aufgabe des Reichspräsidenten, der er sich ganz gemäß nicht entziehen würde, die Kräfte, die Reichspräsident von Papen es formuliert hat, weit auszumachen für alle diejenigen, die an dem Umbau des Staates verantwortlich mitarbeiten wollten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von „Verfälschung, nicht Wahrung“. Im ganzen genommen sei der politische Sinn der Wahl nicht übermäßig groß, wenn man von den mehr himmelsstreichenden Momenten absehe.

Der „Sachsenkurier“ meint, daß man die Wahlergebnisse bis zum 8. Dezember, an dem spätestens der Reichstag wieder zusammenzutreten werde, erst abklären lassen müsse, ehe die künftigen Möglichkeiten einer, wenn auch nicht aktiven, so doch einer sich behaltenden Duldungsmöglichkeit erwogen werden könnten.

Die „Kreuzzeitung“ hält es nicht für ausgeschlossen, daß die Parlamentarier in der verständlichen Angst um ihre Stellung die gewagtesten Versuche unternehmen würden, um eine „positive“ Mehrheitsbildung zustandzubringen. Daraus könne sich nachmals eine schwere Belastung für die autoritäre Staatsführung ergeben. Aber auch diese könne getragen werden, wenn die Regierung einen klaren Weg der inneren Erneuerung gehe und der deutschen Verantwortlichkeit durch Taten bewiese, daß die Zeit des parlamentarischen Rußlands endgültig vorüber sei. An ihr allein liege es, das Ziel immer deutlicher herauszuarbeiten und die entscheidenden Schritte zu tun.

Die „Deutsche Zeitung“ hofft, daß das Wahlergebnis die Nationalsozialisten wieder zurückführe zum Ausgangspunkt ihrer Idee, mit der die Verhandlungen mit dem Zentrum und die — mindestens auf den Außenstehenden so wirkende — Annäherung an marxistische Forderungen nicht vereinbar seien.

Die „Montagspost“ schreibt, das Ziel des Kabinetts Papen sei insofern erreicht worden, als die Mehrheit der katholischen Parteien und der Nationalsozialisten nicht mehr bestände. Somit werde der neue Reichstag kaum arbeitsfähig sein, und das Kabinett Papen werde versuchen, im Amt zu bleiben. Im ganzen genommen betrachte man an maßgebender Stelle den neuen Reichstag als ein Uebergangsparlament, das zwar schon ein Einkommen der Wähler zeige, das aber nicht die Linie gefunden habe, auf der eine Zusammenarbeit auf lange Zeit möglich sei. Nur eine vollkommene Wandlung der Parteien könne dieses Uebergangsparlament in ein Dauerparlament verwandeln.

Den Anspruch der Nationalsozialisten auf Weltbeherrschung im Reich betrachtet der „Vorwärts“ als erledigt. Die Gewährung über den Rückgang der nationalsozialistischen Wählerstimmen werde für die Sozialdemokraten leider durch die Tatsache gestützt, daß auch sie eine gewisse Einbuße an Stimmen zu verzeichnen haben. Es gehe jetzt um die Frage, ob die KPD. gemeinsam mit der Sozialdemokratie gegen die Reaktion marschieren wolle.

Der Standpunkt der Reichsregierung im Spiegel der Presse

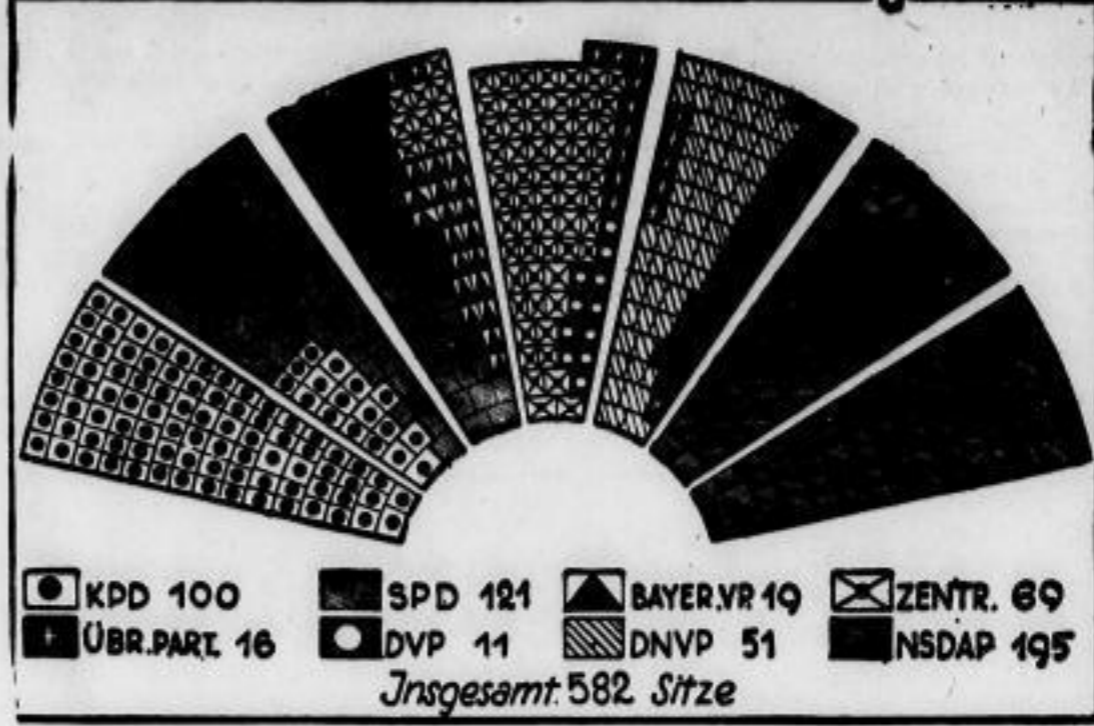
Berlin, 8. November. Einige Blätter beschäftigen sich mit den offiziellen Erklärungen über den Standpunkt der Reichsregierung zum Ausgang der Wahl, in denen der Wille zum unbedingtesten Festhalten an dem bisherigen Regierungsbüro zum Ausdruck kommt.

Die „Germania“ steht in der Überzeugung, daß sie ihre Kräfte für jeden offen halte, der zur Mitarbeit bereit sei, bereits politische Erkenntnisse eingeholt, die noch nicht mit jener bestehenden Deutlichkeit genannt würden, die sie eigentlich verdienen; vor allem die Erkenntnis, daß eine sogenannte autoritäre Staatsführung ohne jeglichen Rückhalt im Volk in einem unerlösten Meer von Experimenten enden und scheitern müsse, und daß deshalb alles geschehen müsse, ihr wieder einen festen Boden unter den Füßen zu verschaffen.

Die „Voss. Zig.“ bezeichnet die Verlautbarung als ein Verhandlungsangebot. Die Reichsregierung wolle offenbar die Frage der Verfassungsreform zum Prüfstein für den guten Willen der Parteien machen.

Die „D.M.Z.“, die wiederum ihre Forderung nach einer Regierung der nationalen Konzentration in den Vordergrund stellt, berichtet, daß der Reichspräsident sich zwar im ganzen vom Wahlergebnis befriedigt ausgeprochen haben dürfte, daß dürfte auch von dieser höchsten maßgebenden Stelle auf nachdrückliche Vermittlungen zu einer Zusammenfassung aller positiven Kräfte hingewirkt werden. Das Blatt meint, daß nicht so sehr der Kanzler als vielmehr der Reichspräsident jetzt die Entscheidung in dieser Frage zu treffen habe.

So sieht der neue Reichstag aus:



Der Eindruck im Ausland

Beurteilung des Wahlergebnisses in England

London, 7. November. In den Berliner Berichten der Presse werden besonders der schwere Stimmenverlust der Nationalsozialisten und der starke Zuwachs der kommunistischen Stimmen hervorgehoben; ferner wird darauf hingewiesen, daß sich wieder die überwiegende Mehrheit der Wählerschaft gegen die jetzige Regierung erklärt habe. Der Berliner Korrespondent der „Times“ sagt, der Wahlerfolg habe gezeigt, daß das innerpolitische Leben Deutschlands immer verworrener wird. Die Kommunisten haben die patriotische Trommel gerührt, um den Nationalsozialisten Stimmen zu entziehen und die Nationalsozialisten, diese hohen Briefe der Vaterlandsliebe, haben die „keinen Leute“ angegriffen, die sie in der „Regierung der Barone“ vertreten sahen. Jugenburg, der Führer der Deutschnationalen, d. h. der einzigen Partei, auf die die Regierung sich stützt, hatte offen mit dem Gedanken eines Zahlungsvorganges hinsichtlich der Schulden an das Ausland gespielt und hat bei Moskau Ausdrücke entlehnt. Wenn die Mitarbeit der Nationalsozialisten gesichert werden sollte, dann dürfte Ströher in erster Reihe für einen Vorkurs in einer Koalitionsregierung in Betracht kommen. Die nationalsozialistischen Verluste sind ein schwerer Schlag für die Partei, da zum ersten Male seit 1928 ihre Stimmen zurückgegangen sind. „Daily Express“ hebt hervor, daß Hitlers Partei noch wie vor die stärkste sei und sagt, ihre Verluste seien nicht so groß gewesen, wie erwartet worden war. Der Berliner Korrespondent der „Daily Mail“ sagt: „Wenn Hitler endlich begreift, daß seine Partei nicht allein in Deutschland herrschen kann und daß er mit anderen Parteien zusammenarbeiten muß, dann ist es möglich, daß eine Grundlage für eine Regierung gefunden wird, die sich auf Nationalsozialisten

und Zentrum stützt und die aktive Hilfe oder wenigstens die wohlwollende Duldung der Deutschnationalen genießt.

Französische Stimmen zum Wahlausgang

Paris, 7. November. Zum Ergebnis der Reichstagswahl schreibt „Leit Parisien“, der Tag bedeute alles in allem einen Erfolg für das neue Regime, selbstverständlich einen relativen Erfolg. Es sei ihm aber gelungen, die historische Dynamik zu brechen. „Journal“ spricht ebenfalls von einem Erfolg der Reichsregierung insofern, als die schwarz-braune Mehrheit gebrochen sei, daß nur ein Regime in Deutschland möglich sei, das sich auf Reichswehr und Polizei stütze. Der ruhende Pol in der Reichsregierung sucht keine Marschall Hindenburg. „Deure“ meint, daß die Angelegenheit für die Rückkehr zu einer gewissen Stabilität immer häufiger gelte. „Ordre“ nennt Hitler den großen Besessenen des gestrigen Tages. Dagegen stärke der Sieg der Anhänger Jugenburgs die Lage der Regierung Papen. „Figaro“ meint, angehts einer kaum merklich geänderten Lage und eines ziemlich verworrenen Volkswillens weise Hindenburg der Herr.

Der Eindruck der Reichstagswahl in amerikanischen Finanzkreisen

New York, 7. November. In hiesigen Finanzkreisen erwidert man in dem Rückgang der nationalsozialistischen Stimmen bei der gestrigen Reichstagswahl und in der Wahrscheinlichkeit, daß die Regierung von Papen am Ruder bleiben werde, einen unumkehrbaren Fortschritt auf dem Wege zu einer größeren Stabilität in den deutschen Verhältnissen. Deutsche Anleihen lagen heute auf der Börse fest.

Der Wahlerfolg der Deutschen Volkspartei

Von vorkommender Seite wird uns aus dem Kreise unserer Wählerschaft geschrieben:

Die Deutsche Volkspartei hat 4 Mandate in den Wahlkreisen bzw. Wahlkreisverbänden errungen und weitere 7 Sitze auf der gemeinsamen Reichsliste mit den Deutschnationalen davongetragen.

Die auf diesem Wege gewählten Abgeordneten sind folgende: der bisherige Abgeordnete Dr. Rudolf Schneider, gewählt im Wahlkreis Dresden (Wahlkreisverband Sachsen).

Der frühere Abgeordnete Dr. Pfeffer, gewählt im Wahlkreis Thüringen (Wahlkreisverband Sachsen-Thüringen).

Senator a. D. Stahlnech-Bremen, Wahlkreis Weier-Ems (Wahlkreisverband Niederachsen).

Der Industrielle Richard Mertion-Frankfurt a. Main. (Wahlkreisverband Hessen-Nassau und Hessen-Darmstadt).

Auf der Reichsliste: Rechtsanwalt Dingeldey, Syndikus Dr. Otto Hugo-Boschum, Oberstudienrat Dr. Max, Postdirektor Albrecht Morath, Gärtnermeister Schäfer-Kesfeld, Direktor Dr. von Staud, Bergmann Winnefeld-Waitensfeld.

Die Deutsche Volkspartei kann mit dem Wahlausgang, wenn sie die Dinge vom parteipolitischen Standpunkt aus betrachtet, zufrieden sein. Die Tatsache, daß sie diejenige Gruppe ist, die den prozentual stärksten Zugang an Wählerstimmen aufzuweisen hat, ist ein Beweis dafür, daß ihre politische Linie richtig gewesen ist. Es ist nicht zu bestreiten, daß ein neuer Aufbruch der Partei eingeleitet hat. Im Reichswahlrecht gelangte die Deutsche Volkspartei so zu einem Zuwachs von 50 Prozent. Vier Grundmandate wurden errungen. In einigen Wahlkreisverbänden steht die Deutsche Volkspartei vor der Erreichung dieses Zieles, indem ihre Wählerkraft gestärkt wurde. Für sie und für das nationale Bürgerium, das sie vertritt, wird alles davon abhängen, daß es jetzt seinen Stand in der politischen Arbeit geben darf, sondern daß der Geist politischen Opferwillens und das Festhalten der eigenen politischen Linie in den kommenden Kämpfen gestärkt werden.

Sandtagwahlen in Borsdorf

Wien, 8. November. In Borsdorf fanden am Sonntag Wahlen für den Sandtag statt, für den die Mandatszahlen von ursprünglich 30 auf 28 herabgesetzt worden war. Von diesen Mandaten erhielten die Christlich-Sozialen 18 gegen früher 21, die Sozialdemokraten 4 (8), die Großdeutsche Volkspartei 1 (1), der Landbund für Österreich 1 (2), die Nationalsozialisten 2 (0), die Kommunisten 0 (0). Die Christlich-Sozialen behaupten damit ihre Zweidrittelmehrheit.

Sensationelle Aussage eines SS.-Führers im Altonaer Sprengstoffprozeß

Altona, 7. Nov. Im Altonaer Sprengstoffprozeß brachte mittags die Vernehmung des Altonaer SS.-Führers Gregsch eine Sensation. Gregsch gab zu, den Befehl zur Ausführung von Handgranatenanschlägen erhalten zu haben. Von wem der Befehl kam, sagte er nicht. Er habe denn etwa 30 SS.-Leute zusammenzurufen

lassen, die mit dem Befehl bekannt gemacht, sich die zuverlässigsten ausgesucht, ihnen Handgranaten übergeben und die betreffenden Häuser genau gekennzeichnet. Den für die Ausführung bestimmten SS.-Leuten wurde Schweigegebot auferlegt.

Altona, 7. Nov. Kurz vor Sitzungsschluß gab der Angeklagte Gregsch zu, den Befehl von dem mitangeklagten Reichstagsmitglied und Standartenführer Paul Roder erhalten zu haben. Der Befehl habe Bezug genommen auf die Erschießung des SA.-Mannes Peter Koeln in Juchow.

Politischer Zusammenstoß

Drei lebensgefährlich Verletzte

Düsseldorf, 7. Nov. Zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es in der vergangenen Nacht in Altonaerbe bei Schmelz zu Zusammenstößen, in deren Verlauf mehrere Schüsse abgegeben wurden. Zwei Kommunisten und ein SS.-Mann erlitten lebensgefährliche Verletzungen und wurden ins Krankenhaus gebracht. Vier Kommunisten wurden von der Polizei festgenommen.

Amtliche Anzeigen.

In dem Konkursverfahren zum Vermögen

- des Freireuemeisters Wilhelm Müller, Inhabers der im Handelsregister nicht eingetragenen Firma Salon Müller, früher in Aue, jetzt in Zwickau,
- des Schuhmachermeisters Ernst Weigel in Aue, Bettnerstraße 29,

wird infolge des Todes des Konkursverwalters, des Lokalt Richters Georgi in Aue, Termin zur Abnahme der Schlussrechnung über die bisherige Verwaltung und zur Wahl eines anderen Konkursverwalters auf

Ronitz, den 14. November 1932, vormittags 11 Uhr vor dem Amtsgericht hier bestimmt. K 15/31, 15/32.

Amtsgericht Aue, am 4. November 1932.

Es sollen öffentlich gegen sofortige Barzahlung meistbietend versteigert werden:

Mittwoch, den 9. November 1932, vorm. 9 Uhr, im gerichtlichen Versteigerungsraum: 14 Rentner Kartoffeln, 1 Schreibmaschine (Doga), 1 Nähmaschine, 1 Büchse, 1 Mädchenfigur, 1 Drehstuhl, 1 Spindelpresse, 1 Präzisions-Automat (Fabr. Gebr. Thiel).

Am gleichen Tage vorm. 10 Uhr im „Café Georgi“ in Zwickau: 1 Schreibmaschine (Lorenz), 1 Kopierpresse.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Aue.